Danziger Schulzeitung

Herausgegeben vom Lehrerverein der Freien Stadt Danzig

Verantwortlicher Schriftleiter:
W. Kramp,
Danzig-Langfuhr, Brösener Weg 53.
Fernsprecher 427 01.



Verleger und Anzeigenverwalter:
L. Wawer,
Danzig,
Am Trumpfturm 9.

Danzig, den 16. Mai 1931 | 12. Jahrgang. | Nummer 10

Alle Schulen unter einem Dach.

Schulrat H. Haßinger-Darmstadt.

Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen führt am 17. Mai einen einheitlichen Reichswerbetag für Jugendherbergen und Jugendwandern durch. Aus diesem Anlaß sei der nachstehenden Abhandlung eines eifrigen Jugendherbergsfreundes hier Raum gegeben. Der Schriftleiter.

Was ein gutes Dach sein will, muß alles decken können, was immer man ihm anvertraut. Ein solches Dach möchte das Jugendherbergswerk für alle Schulen sein. Bietet es denn nicht den Schulen aller Gattungen, was der Kinder, was der jungen Menschen ist? Bietet es ihnen nicht die Freude des Erlebens, das frohe Schauen und Genießen, die Schönheit deutschen Landes, seine Wälder und Berge, seine Flüsse und Täler, bietet es ihnen nicht das Erlebnis der Gemeinschaft mit Mensch und Natur, bietet es ihnen nicht Gesundheit, Sonne, Luft, weil es ihnen die Möglichkeit bietet, unbeirrt von Unterkunftssorgen den Kreis der Wanderungen nach Belieben auszudehnen, immer mit der Gewißheit, daß der Abend in der Jugendherberge frohes Zusammensein schenkt, daß er billiges Lager, Ungestörtheit und Geborgensein für alle bereit haben wird?

Es wohnen viele Schulen unter diesem Dach und fühlen sich wohl, aber es wohnen noch nicht alle darunter. Und daß alle darunter wohnen, so weit müssen wir es um der deutschen Schuljugend willen bringen. Denn die Lust am Wandern muß den Kindern schon in der Schule ins Herz gelegt werden. Wer sollte sie besser dazu erziehen können, daß sie Freude an der Natur und der Natürlichkeit haben, als der Lehrer, dem sie vertrauen, und der ihnen zeigt, daß er ihre Sehnsüchte kennt und daß er in ihren Wünschen leben kann? Denn die Sehnsucht aller jungen Menschen geht hinaus in die Weite.

Es ist ja nicht so, als ob das Jugendherbergswerk einer Mitgliedschaft mehr oder weniger wegen da stehe und bitte. Es ist auch nicht so, als ob es Angst habe, die Räume seiner Herbergen könnten ihm leer stehen bleiben. Nein, eher ist es so, daß der Raum zu klein ist; vier Millionen junger Wanderer haben im vergangenen Jahre in den Jugendherbergen übernachtet, zu manchen Zeiten mußten viele abgewiesen werden, weil die Aufnahmefähigkeit erschöpft war. Warum der Jugendherbergsverband das Dach für alle Schulen sein möchte, das können uns wohl am besten alle die Millionen junger Menschen erzählen, die schon unter den Dächern der Jugendherbergen geschlafen und gerastet und sich erholt haben. Darum nämlich, weil jedem deutschen Kinde während der Schulzeit wenigstens einmal das Glück werden soll, Gast einer Jugendherberge zu sein; denn das ist ein Glück für die Kinder. Und in der Auswirkung wird es ein Glück für unser Volk sein; eine Jugend, die so geführt wurde, wird nicht ihre freie Zeit müßig totschlagen oder in schalem, seichtem Genuß verprassen, sie wird sich jenes Glückes immer wieder von neuem erinnern und den Ranzen schnüren und hinausziehen, um sich gesund zu leben und Freude in ihre Tage zu tragen.

Seht, nur darum allein, um unserem Volke einfache, natürliche, anspruchslose und gesunde Menschen zu erziehen, so, wie sie das Wandern und die Verbundenheit mit Natur und Heimat und Volk schaffen, nur darum allein heißt unsere Losung: Alle Schulen in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk!

Dr. Johannes Tews — 40 Jahre Erwachsenenbildner.

Fritz Stach.

Am 7. Mai 1891 übernahm Johannes Tews, derzeit Lehrer an der 125. Gemeindeschule in Berlin, die Geschäftsführung der Gesellschaft für Volksbildung. Schon damals war er der Lehrerschaft und der breiten Öffentlichkeit kein Fremder mehr. Von seinem 20. Lebensjahre an hatte er bereits in Tages- und Fachzeitungen Fragen der Erziehung und des Unterrichts verfochten, und 1890 — nachdem er in den vorhergehenden Jahren bereits einige größere Arbeiten veröffentlicht hatte — im Auftrage des Deutschen Lehrervereins die Schrift „Der achte Deutsche Lehrertag und seine Gegner“ herausgegeben.

Von der Klassenarbeit des Lehrers, über Forschungen, die den Gesamtaufbau der deutschen Schule betrafen, kam Dr. Johannes Tews zur Erwachsenenbildung.

Im Gegensatz zu der damals geltenden Auffassung, daß Volksbildungsarbeit nur Erziehung und Bildung zur staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Tüchtigkeit sei, hob er immer wieder hervor, daß es ein großer Irrtum ist, Volksbildung nur vom Nützlichkeitsstandpunkt aus zu betrachten und in diesem Sinne zu arbeiten. „Volk“ war und ist für Dr. Johannes Tews nicht die unterste Schicht des Volkes, nicht die wirtschaftlich und gesellschaftlich Niedrigsten innerhalb der Volksgemeinschaft, keine nach irgend einer Richtung abgegrenzte Gruppe, sondern das Volksganze, das alle Schichten und Klassen umfaßt. Volksbildung sah Dr. Johannes Tews von Anfang seiner Arbeit an nicht nur in einer Arbeit am Erwachsenen, sondern an allen Altersklassen des Volkes. Wie Wirtschaft und Volksbildung voneinander abhängen und einander bedingen, so ist auch die Volksschule für Dr. Johannes Tews das Fundament der Volksbildung und der Volksschullehrer der wichtigste Träger dieser Arbeit.

Selbst auf dem Lande groß geworden, hatte Dr. Johannes Tews, der, wie Spranger von ihm sagt, im Volke lebt und das Volk in sich erlebt und dadurch zum wahren Volksbildner wurde, das Schwinden der gewachsenen Bildung unter der ländlichen Bevölkerung frühzeitig feststellen müssen und die Bildungsnot in diesen Kreisen heraufkommen sehen. Er wandte deshalb sein Augenmerk besonders der Geistespflege in den Dörfern, kleinen Gemeinden und in allen den Schichten zu, die am Bildungsleben nicht teilnahmen oder nicht teilnehmen konnten.

Das geeignete Mittel, die Bildungsarbeit in den Gang zu bringen, war für Dr. Johannes Tews das Buch. Unter seiner Geschäftsführung nahm daher die Büchereiarbeit in der Gesellschaft für Volksbildung, die auch weit über ihre Grenzen die Volksbüchereiarbeit beeinflußte, einen gewaltigen Aufschwung. Um auch weniger leistungsfähigen Vereinen und Körperschaften die Büchereiarbeit zu ermöglichen, wurden mit dem Beginn dieses Jahrhunderts von der Gesellschaft für Volksbildung Wanderbüchereien ins Leben gerufen, und zwar waren das, im Gegensatz zu den von anderen Stellen eingerichteten „Wanderbüchereien“, Leihbüchereien, die nach eigener Wahl der Entleiher aus den Verzeichnissen der Gesellschaft zusammengestellt und für eine geringe Leihgebühr abgegeben wurden. Um dem guten und billigen Buch den Weg in die breitesten Schichten des Volkes zu ebnen, schuf Dr. Johannes Tews, auf den auch die Gründung des Jugendschriftenausschusses zurückgeht, in dieser Zeit den Buchvertrieb der Gesellschaft für Volksbildung, der heute eine beachtliche Einrichtung für die deutsche Volksbildungsarbeit darstellt.

Neben dem gedruckten Wort war und ist für Dr. Johannes Tews für die Volksbildungsarbeit der volkstümliche Vortrag von größter Bedeutung, den er nach jeder Richtung hin zu fördern sucht, mochte es Einzelvortrag mit oder ohne technische Hilfsmittel, Vortragsreihen oder schulmäßige Bildungsarbeit an den Jugendlichen oder Erwachsenen sein; denn zum Bildungsbegriff, wie ihn Johannes Tews faßt, gehört sowohl, die Bildungsmittel allen zugänglich zu machen, die „Ausbreitung“, als auch, daß der Einzelne auch zu der ihm eigenen Bildung gelangt, die „Gestaltung“. Er kämpfte stets für die Eigengesetzlichkeit der Erziehung und Bildung, er trat für eine von Gruppenbelangen freie Volksbildung ein.

Mit der Übernahme der Geschäftsführung der Gesellschaft für Volksbildung durch Dr. Johannes Tews wuchs auch das Vertrauen, das die Volkschullehrerschaft der Gesellschaft entgegenbrachte, wie es in dem Aufsteigen der Zahl der Lehrervereine, die Mitglied der Gesellschaft für Volksbildung wurden, zum Ausdruck kommt. 1892 waren es 16 Lehrervereine, 1913 967 Lehrervereine, was um so beachtlicher ist, als die Gesellschaft nicht immer als eine gern gesehene Einrichtung von der Staatsführung, den Religionsgemeinschaften und den politischen Parteien angesprochen wurde. Im Kriege, währenddessen Dr. Johannes Tews versuchte, die Volksbildungsarbeit in vollem Umfange weiterzuführen, und in den folgenden Jahren sanken diese Zahlen wie bei vielen gemeinnützigen Vereinigungen.

Immer wieder versucht Dr. Johannes Tews das Augenmerk der Volksschullehrer auf die Volksbildungsarbeit zu lenken,

durch die sie „nur ihr eigenstes Werk, den Jugendunterricht, fortsetzt und vor dem Verfall schützt“ und die Erwachsenen auch für die Arbeit in der Schule gewinnt; denn „die Volksschule ruht nur sicher auf dem Boden einer allgemeinen und tiefgründigen Volksbildung. Solange diese fehlt, ist sie ein Gewächs, das von fremder Hand gepflegt werden muß.“

Aufgaben der Frankfurter Deutschen Lehrerversammlung.

Der Deutsche Lehrerverein wird auf seiner diesjährigen Hauptversammlung in der Pfingstwoche zu Frankfurt a. M., zu der erfahrungsgemäß mehrere Tausend Lehrer und Lehrerinnen erscheinen, zwei zeitgemäße Aufgaben behandeln, die innerlich zusammengehören. An erster Stelle steht das Thema: „Weltanschauung — Erziehung — Schule.“ Nachdem über dieses weitreichende Aufgabengebiet im Laufe des Jahres in den einzelnen Zweigvereinen ausgiebig gesprochen worden ist, soll nun zusammenfassend die Grundhaltung des Vereins in breiter Oeffentlichkeit dargelegt werden. Zum Redner ist Professor Dr. Ernst Hoffmann von der Universität Heidelberg bestimmt.

Wenn je einmal, dann darf von dieser Aufgabe gesagt werden, daß sie aus der Geisteslage der Zeit stammt. In den letzten Jahren ist mit steigender Betontheit die Forderung aufgestellt worden, daß die Volksschule, und nur sie, in ihrer äußeren Organisation wie in ihrem inneren Lehrinhalt ganz und gar im Dienste einer Weltanschauung zu stehen habe. Würde dieser besonders von den Kirchen beider Bekenntnisse verfochtene Anspruch auf die Schulen des Volkes erfüllt werden, dann wäre nicht abzusehen, wieviel Spielarten von Weltanschauungen die Volksschule ausgeliefert werden müßte. Die Folge davon wäre eine bis zur Atomisierung getriebene Zersplitterung der Schule, eine unerträgliche Verengung des Lehrinhalts und eine restlose Auslieferung der freien Lehrerpersönlichkeit an die bestimmende Leitung der einzelnen Weltanschauungsgemeinschaften. Eine solche Entwicklung darf ohne Uebertreibung ein nationales Unglück ersten Ranges genannt werden. Es wäre ein Zurückwerfen der Volksschule in längst überwundene Bindungen, eine völlige Abkehr von den allgemeinen Bildungsgrundlagen, die der höheren Schule unbestritten eingeräumt sind, und die sich auch im Bereich der Volksschule bis zu einem ansehnlichen Grade längst durchgesetzt haben. Die im Deutschen Lehrerverein organisierte weitaus überwiegende Mehrheit der deutschen Lehrer und Lehrerinnen kann und wird diesen Weg nicht mitgehen, die Volksschule zu Vorschulen der einzelnen Weltanschauungsgruppen zu machen.

Enthält dieses erste Vortragsgebiet die kritische Stellungnahme der Lehrerschaft zu den Ansprüchen der Teilgruppen, so schließt sich positiv ergänzend als zweiter Vortrag eine Untersuchung über „Die Einheit der deutschen Bildung“ an. Als Vortragender ist Hauptlehrer Karl Weiß aus Nürnberg ausersehen. Es wird darauf ankommen, zu zeigen, daß bei allen Gegensätzen weltanschaulicher, gesellschaftlicher und standesmäßiger Art ein einheitlicher Bildungsgedanke im ganzen Schulwesen vorwalten muß, und daß auch in bezug auf die Organisation des Schulaufbaues daraus bestimmte Schlüsse zu ziehen sind. Das deutsche Schulwesen von heute ist nicht sinnvoll organisch aufgebaut und insbesondere hat die Volksschule ihre richtige Stellung im Bildungsbau noch nicht gefunden. Angesichts dieser beiden großen Aufgaben darf die Deutsche Lehrerversammlung darauf rechnen, daß ihr die Aufmerksamkeit der ganzen schulpolitisch interessierten Oeffentlichkeit zugewendet wird.

Ztgsdst. d. Dtsch. L. V.

Die Einheit der deutschen Bildung.

Zu der Verbandsaufgabe für Frankfurt werden von dem Vortragenden, Carl Weiß-Nürnberg, folgende Leitsätze vorgelegt:

1. Die Tragik des deutschen Volkes, der immer wiederholte, oft gescheiterte und nie vollkommen geglückte Versuch, zur Einheit und geschlossenen Form zu kommen, spiegelt sich auch in der deutschen Bildungsgeschichte wider.

2. In der Gegenwart, da die tiefsten Ueberzeugungsgegensätze inmitten des Volkes unverhüllt hervortreten, stellt die Frage nach der geistigen und organisatorischen Einheit der deutschen Bildung nicht nur eine pädagogische Angelegenheit dar, sie ist darüber hinaus von größter Bedeutung für den Bestand der deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft.

3. Die Besinnung auf die Einheit der deutschen Bildung darf die sozialen, politischen und weltanschaulichen Spannungen, die heute im Volke vorhanden sind, nicht übersehen. Die Einheit kann nicht gefunden werden, wenn man diese Spannungen verdrängt, wenn man hinter die Gegenwart zurückgeht und allein das historisch gewordene Kulturgut als den verpflichtenden Bildungsgehalt herausstellt, auch nicht, indem man die Gegenwart überspringt und einem verpflichtungslosen Utopismus nachjagt.

4. Die gegebenen Spannungen sind in das pädagogische Blickfeld zu rücken und sind pädagogisch fruchtbar zu machen. Auf diesem Boden hat sich das Bildungswesen als einigende Kraft im Leben des Volkes zu erweisen. Die Einheit der Bildung liegt deshalb in der ihr aus dem „Hier und Jetzt“ gestellten Aufgabe. Diese Aufgabe heißt heute: Im Bereiche der Bildung und mit den Mitteln der Bildung dem Werden wahrer Volksgemeinschaft zu dienen. Es kommt auf die Kraft an, mit der sie ergriffen wird, auf das Bewußtsein der dem Bildner auferlegten Verantwortung.

Allgem. Dtsch. L. Ztg.

Das Berechtigungswesen, in vernünftiger Weise vom Beruf her gesehen.

Dr. Heinrich Rose, der Leiter des städtischen Berufsamtes in Breslau und Privatdozent an der dortigen Technischen Hochschule, war vom Verein für das mittlere Schulwesen in der Freien Stadt Danzig als Vortragender für eine öffentliche Versammlung am 21. Februar in der Aula der Petrischule gewonnen worden. Seine Ausführungen zum Thema „Berechtigungswesen und Mittelschule“ behandelten in ihrem ersten Teil unsere aus dem Berechtigungs u n wesen erwachsene allgemeine Schulnot in einer Weise, die weitgehendste Beachtung verdient. Ich gebe darum diesem Teil, der nur aus Platzmangel leider immer wieder hat zurückgestellt werden müssen, heute hier Raum.

Der Schriftleiter.

„Es ist eigentlich eine Binsenwahrheit und muß doch immer wieder betont werden: Jeder Beruf verlangt eine gewisse Vorbildung, eine Vorbildung allgemeiner Art und eine speziell beruflicher Art. Es ist ein geschichtliches Erkenntnis, daß alle Bildungsanstalten aller Zeiten und aller Völker aus keinem anderen Grunde entstanden sind als aus dem einen, Vorbildungsanstalt zu sein für irgendeine künftige Berufsbetätigung. Irgendwoher muß doch eine Wissensvoraussetzung, eine Sammlung der notwendigen elementaren grundlegenden Kenntnisse für jede Berufsbetätigung geschaffen werden. Sie kann nicht aus dem Menschen von sich kommen, sie muß aus der Gesellschaft heraus erfolgen in den Einrichtungen, die sie für die Bildung geschaffen hat.

Die Schule ist die erste Voraussetzung, die erste Einrichtung, die diese Aufgabe lösen will. Da hat man aber in unserer Zeit einen Grundirrtum begangen, an dem wir kranken. Man hat geglaubt, daß diese Aufgabe — allgemeine und spezielle Vorbildungsvermittlung, Vermittlung von Kenntnissen — getrennt gelöst werden könnte in einem allgemein bildenden Schulsystem für die allgemeinen Kenntnisse und in einer speziellen Ausbildung, sei es durch die berufliche Lehre oder durch Fachschulen, jedenfalls durch eine ganz anders geartete Ausbildung. Die hohe Entwicklung der Berufstätigkeit erzwingt heute mehr denn je, daß unsere Vorbildung sehr weitgehend sich spezialisieren muß. Einst war es noch verhältnismäßig leicht beim Kenntnisbestand der Menschheit, daß einer das Wissen seiner Zeit in seinem Kopfe haben konnte. Das kann heute kein Mensch mehr, das kann auch heute kein Berufsangehöriger mehr. Es kann heute niemand mehr ein Universalarbeiter in seinem Berufe sein, sondern wir sind alle, ob wir wollen oder nicht, Spezialisten auf einem bestimmten Gebiet, und auch unsere Vorbildung muß so sein, daß sie sich ganz von selbst spezialisiert auf diesen Endzweck hin.

Einst gab es die universitas litterarum, eine allgemeine Bildungsanstalt, die im übrigen sehr interessanter Weise auch aus dem Fachschulsystem hervorging, nämlich aus den alten Rechtsgelehrtenschulen, die auch nichts anderes wollten, als Fachleute für eine bestimmte Berufstätigkeit vorbilden, und die sich dann zu einer allgemeinen Bildungsanstalt entwickelten, eben jener Universität, die den Menschen zur Wissenschaftlichkeit als solcher erziehen wollte, und die auch heute noch auf dem Standpunkte steht, daß das wissenschaftliche Forschen ihre Aufgabe ist und das Anleiten zum Forschen, und die sich dagegen wehrt, den Menschen auch gleichzeitig beruflich auszubilden. Und doch tut sie es, und sie muß es auch tun. Prof. Theobald Ziegler hat mit aller Deutlichkeit und Schärfe betont, daß es unumgänglich notwendig ist, endlich mit der Ansicht zu brechen, daß die Universität lediglich von dem Gesichtspunkt der Erziehung zur wissenschaftlichen Forschung ausgeht, sondern sie ist eine Ausbildungsanstalt für Philologen, Juristen, Theologen. Neben diese oberste Spitze des Bildungswesens, wie sie ursprünglich allgemein die Universität war, traten dann besondere Facheinrichtungen, wie die Technischen Hochschulen, Landwirtschaftlichen Hochschulen, Handelshochschulen. Man findet hier eine Spezialisierung des Wissens und der Erkenntnisvermittlung, die ganz eindeutig tendiert auf eine berufliche Ausbildung. So ist auch neben das früher allgemein übliche humanistische Gymnasium das Realgymnasium und die Oberrealschule getreten. Auch diese Anstalten wollen allgemeinbildend sein, aber zugleich sind sie ihrem ganzen Organismus, ihrer ganzen Struktur nach Einrichtungen, die eingestellt sind auf bestimmte Berufstendenzen und, ob sie wollen oder nicht — sie wehren sich manchmal auch noch dagegen —, sie sind Vorbildungsanstalten für bestimmte Berufsgruppierungen, Berufsgruppen. Und unsere Schule, von der wir heute sprechen, die Mittelschule, sie ist herausgewachsen aus dem typischen Bedürfnis des Mittelstandes, eine Schule zu haben, die die grundlegenden Kenntnisse für die Betätigung in den sogenannten „mittleren Berufen“ schafft.

Die Mittelschule ist schon sehr alt; vielen ist es kaum bewußt, daß diese Schule bereits im 12. Jahrhundert vorhanden war. Diese Schule wurde damals als Stadtschule gegründet, um die Stadtschreiber auszubilden, die zu damaliger Zeit die typischen Träger des Wissens und der Kenntnisse waren; sie waren imstande, für die anderen Leute Schriftsätze und Schreiben aufzusetzen. Diese Schule wurde dann im Anfang des 19. Jahrhunderts neu gegründet. Wir haben in Breslau bereits 1817 eine lateinlose Bürgerschule gehabt, die Quelle der Mittelschule von heute. Sie hat von vornherein sich richtig eingestellt, sie wollte gewissermaßen Generalnenner des Wissens sein für eine bestimmte Menge von Berufen, die wir zusammenfassen — ich komme darauf später noch näher zurück — als mittlere Berufe.

Ich glaube, daß das, was der preußische Kultusminister Becker im Jahre 1924 aussprach, daß nämlich die höhere Schule allgemeinbildende Lehranstalt bleiben soll, Erzieherin zur humanistischen Bildung, ich glaube, daß sich das nicht wird durchführen lassen, es wird ein frommer Wunsch bleiben. Ich verkenne nicht den Wert der Erziehung im humanistischen Geist, aber sie läßt sich eben nicht allgemein durchführen. Ich glaube, Ihnen an diesem ganz kurzen Abriß gezeigt zu haben, daß es tatsächlich so ist, wie ich es andeutete, und es läßt sich nicht leugnen: wir müssen uns im allgemeinen spezialisieren, und auch das humanistische Gymnasium muß es. Es muß sich gefallen lassen, Ausbildungsanstalt zu sein für eine bestimmte Gruppe von Berufen.

Bildung und Beruf haben von jeher in engster Wechselwirkung aufeinander gestanden. Ich habe das an anderer Stelle sehr eingehend begründet und kann hier nur ganz andeutungsweise davon sprechen, weil heute die Zielsetzung meines Vortrages eine andere ist, aber wer sich dafür interessiert, der lese meinen Vortrag über Bildung und Beruf, den ich in der Denkschrift „Freie Bahn dem Tüchtigen" veröffentlicht habe, erschienen 1928 im Verlag von H. Schrödel, Halle. Es ist eine ausführliche Gedankenreihe, die einem Vortrage entnommen ist, den ich auf der Tagung des Reichselternbundes gehalten habe.

Ich stelle hier lediglich fest: Bildung und Beruf sind engst in Wechselwirkung miteinander. Wir müssen an dem Ausgangsgedanken festhalten, jeder Beruf stellt bestimmte Mindestforderungen an Vorbildung. Nun ist es uns klar, wenn gewisse Mindestforderungen an Vorbildung, an Kenntnissen und Wissen gestellt sind, dann müssen wir uns umsehen und prüfen, woher die einzelnen Menschen ihr Können, ihr Wissen haben.

Es ist klar, daß jede Schule nach ihrem Typus und jede Klasse nach den Fortschritten der Entwicklung des Wissens nur eine bestimmte Menge an dem notwendigen Wissen für einen bestimmten Beruf vermitteln kann. Man braucht sich gar nicht zu wundern, daß nun die Kreise des Berufslebens kommen und fragen: Was kann der, was kann jener, der da bei uns ins praktische Berufsleben eintreten will, der von uns ausgebildet werden soll. Was weiß er, was kann er, welches Schulzeugnis besitzt er? Daraus entstand das, was uns heute so etwas unsympathisch berührt, aber das in seinem Ziel richtig und selbstverständlich ist, daraus entstand das Berechtigungswesen.

Man kann nicht von vornherein sagen, daß dies etwa nicht richtig ist, sondern es ist ganz klar, ich muß danach fragen: Was weißt Du? Ich kann in der Berufsausbildung nicht mit der Vermittlung der allereinfachsten Grundlagen des Schreibens, Lesens und Rechnens beginnen, sondern hier müssen bestimmte Kenntnisse gegeben werden und sogar darüber hinausgehend noch andere Kenntnisse. Ich bitte, mich hier nicht mißzuverstehen, wenn ich von grundlegenden elementaren Kenntnissen rede, so meine ich damit die Kenntnisse, die notwendig sind als Ausgangspunkt für eine künftige berufliche Ausbildung. Ein Beispiel läßt uns das ohne weiteres klar erkennen. Ein Lehrling, der in eine Drogerie eintreten soll, muß gewisse naturwissenschaftliche Kenntnisse haben in einem Ausmaße, wie sie ein Junge, der etwa Steinsetzer werden will, bestimmt nicht gebraucht.

Der Tatbestand ist also ganz klar und deutlich. Vom Beruf her gesehen muß ich die Berechtigungsfrage aufrollen, vom Beruf her gesehen muß ich entscheiden, was ist unbedingt als Mindestgrundlage des Wissens notwendig, und welche Schule ist imstande, diese unbedingt notwendige Grundlage des Wissens zu vermitteln, und zwar in welchem Klassensystem ist es so weit, daß das nötige Wissen vorhanden ist?

Da dürfte eigentlich kein Streit der Meinungen darüber sein, aber merkwürdigerweise tobt heute der Streit der Meinungen über die Berechtigung sehr heftig, und die Ansichten sind sehr geteilt. Woher kommt das? Man geht eben nicht vom Beruf aus an die Frage heran, man fragt nicht: Was sind denn die Mindestanforderungen an Wissen für diesen oder jenen Beruf, sondern man hat andere Gedanken, nach denen man die Berechtigungen festgelegt hat. Wir wollen es hier ganz offen aussprechen, es handelt sich hier um das Problem der gesellschaftlichen und materiellen Erhaltung des Berufes. Wo kommt sie her? Der Beruf ist merkwürdigerweise gesellschaftlich und materiell am höchsten gewertet, je umfangreicher, je weitgehender die Schulvorbildung ist. Denken wir nur einmal an die heutige ungeheure Überschätzung des Wertes des Abiturientenexamens. Es ist ein gewisser berufspolitischer Egoismus, der sich hierbei zeigt. Die Vertreter der Berufe, die da sagen, wir müssen unbedingt das Abiturium einer Vollanstalt zur Voraussetzung unseres Berufes machen, die sagen das nicht, weil sie eingehend geprüft haben, daß die fachliche Mindestvorbildung nur so gegeben ist, nein, sie sagen es — ganz kraß heraus gesagt —, weil davon ihre Besoldung abhängt, und die Bewertung ihrer gesellschaftlichen Stellung. Und das ist sehr bedauerlich, denn damit wird eine an sich richtige und gute Sache in das Gegenteil umgekehrt, und das führt zur Privilegierung einer Schicht der Bevölkerung, die es vielleicht mit ihren Mitteln durchsetzen kann, die erforderlichen Kosten dieser Vorbildung aufzubringen, während andere dazu nicht in der Lage sind.

Mir will scheinen, daß in einer Zeit, wie der heutigen, dieser Standpunkt nicht mehr Geltung hat. Heute sind wir sehr kritisch, heute sehen wir uns die Menschen, die in der Führung und die im Berufsleben stehen, sehr genau an, und wir lösen uns allmählich doch etwas von der vorgefaßten Meinung des Wertes des Schulzeugnisses und kommen dahin, wohin wir kommen müssen, zur richtigen grundlegenden Wertung des Berufes, indem wir sagen: Was kann der Kerl an seinem Platze leisten, und ist er auf Grund dieser Leistung zur Führung berechtigt?

Was können wir nun aber sehen? Wenn aus berufspolitischem Egoismus die Berufskreise selbst darauf drängen, möglichst weitgehende Anforderungen schulischer Art an die Ausübung des Berufes zu stellen, so haben sie manchmal unausgesprochen — aber es ist auch schon einmal zugegeben worden — dabei den Gedanken: „Anders können wir ja den Zustrom in unserem übervölkerten Deutschland von unserem Berufe gar nicht zurückhalten. Wir wollen hier eine gewiß vernünftige Siebung durchführen, um die Zahl derer, die in unserem Berufe sind, möglichst klein zu halten." Das ist ja vielleicht nicht ganz unrecht gedacht vom berufspolitischen Standpunkt aus; denn es gilt ja auch für den Arbeitsmarkt dasselbe, was für jeden anderen Markt gilt, daß Angebot und Nachfrage die Preise regeln. Wenn der Zustrom nicht so stark ist, dann ist man mehr in seinem Beruf gesucht, und dann kann man sich leichter behaupten, als wenn ein lebhafter Wettbewerb besteht und jeder das Äußerste an Leistung hergeben muß, um sich überhaupt zu halten.

Wir wissen, es ist nichts Neues, daß der ungeheure Zustrom zu den höheren Lehranstalten die Folge des überspannten Berechtigungswesens geworden ist. Man kann es vom Standpunkte eines Vaters oder einer Mutter durchaus verständlich finden, wenn sich die Eltern sagen, wenn diese Grenzen aufgestellt werden, wenn diese Schlagbäume errichtet werden vor der Berufsbildung, die da heißen: Reife für Obersekunda, oder Primareife oder Abiturientenexamen, dann muß ich eben auch meinem Kinde eine so weitgehende Vorbildung geben, damit es eben über diese Barriere hinwegspringen kann. Die Folge davon ist, daß nach den schulstatistischen Erhebungen im Jahre 1926/27 in Preußen 441 400 Schüler höherer Lehranstalten gezählt worden sind (gegenüber 402 123 der vorletzten schulstatistischen Erhebungen aus dem Jahre 1922). Das bedeutet eine zehnprozentige Zunahme, während die Bevölkerungsziffer geringer geworden ist infolge der Kriegsverluste und der Verluste, die wir durch Abtretung von Gebieten an Bevölkerung haben erleiden müssen. Und noch etwas anderes macht uns deutlich, welche gefährliche Lawine hier auf die höheren Lehranstalten zurollt. Wenn wir überlegen, daß die Bevölkerung Deutschlands im Jahre 1910 auf dem jetzigen Reichsgebiet ungefähr 58 Millionen Einwohner betrug und sich bei der letzten Volkszählung auf 62 Millionen erhöht hat, die Zahl der Studierenden — die letzte Berufszählung war 1925/26 — in der gleichen Zeit von 68 000 im Jahre 1910 aber auf 78 000 im Sommersemester 1925 und auf 132 000 im Sommersemester des Jahres 1930 angewachsen ist, so ist das einfach erschütternd. Wenn man sich dann dazu noch vor Augen hält, daß — hier nur als kleines Beispiel angeführt — im ganzen Deutschen Reiche insgesamt nur 96 952 Verwaltungsbeamtenstellen vorhanden sind, die nach ihrer Besoldung für die Akademiker in Frage kommen, also für diejenigen, die studiert haben, und wenn wir dann einmal eine kleine Berechnung aufmachen über die Sterblichkeit der Menschen, dann müssen wir feststellen, daß im Alter von 30 bis 60 Jahren vierzig von Tausend sterben, d. h. es werden im Jahre höchstens 3840 Stellen durch natürlichen Abgang frei. Und da studieren im Sommersemester 1927 Rechts-, Staats- und Volkswirtschaft 32 400 Personen! Wenn ich auch noch die Altersgruppen dazu zähle, also die Abgänge, die infolge Erreichung des Alters von 65 Jahren hinzukommen, so komme ich auf eine Zahl der freiwerdenden Stellen von rund 26 000, der eine Bewerberziffer von rund 32 000 gegenübersteht. Wo bleiben nun die übrigen Studierenden, die über die 26 000 vorhanden sind, was fangen diese 6000 nun an? Was können sie anders anfangen, als in eine untergeordnete Tätigkeit eintreten oder arbeitslos herumlaufen. Es ist mit ihnen genau so, wie mit jedem anderen Arbeiter, der etwas gelernt hat und dann arbeitslos wird, daß er in seiner Einstellung asozial ist und die Gesellschaft verwünscht, die ihn in dieses Schicksal hineingetrieben hat, wobei er gar nicht daran denkt, daß er sich da selbst hineinbugsiert hat. Es ist ganz selbstverständlich, er macht eben die Verhältnisse dafür verantwortlich, daß es ihm nun so schlecht geht, und das ist für den Staat als solchen sehr gefährlich. Aber dieser Andrang, der wächst leider immer weiter, so daß wir sagen müssen, die ganze Berufswahlfrage steht heute unter dem Gesichtspunkte der verschärften Konkurrenz. Wir haben 1925 im Reiche 42 Millionen erwerbsfähige Be-

völkerung gehabt, diese Zahl ist inzwischen auf 44 Millionen angewachsen. Wir müssen also für noch mehr Menschen Unterkunft suchen. Wer im Sattel sitzt, der sagt natürlich immer wieder: „Alles kannst Du werden, bloß nicht das, was ich bin; denn mein Beruf ist total überfüllt." Wohin wir auch hören, immer werden wir die Antwort erhalten: „Mein Beruf ist total überfüllt."

Das ist für die Elternschaft das schwerste und schwierigste. Wir müssen deshalb an die Frage kühl und nüchtern rechnend herangehen und wir werden dabei beobachten müssen, daß eine große Zahl von Menschen diesen Verhältnissen gar nicht Rechnung trägt, sonst wäre es eben ausgeschlossen, daß der Zustrom zu den höheren Schulen so stark ist. Frau Ministerialrat Dr. Bäumer hat einmal festgestellt, daß heute Hunderttausende von jungen Leuten sich mit einem sinnlosen Aufwand von privatem und öffentlichem Erziehungskapital wie auch von zweckloser Anstrengung in einer Weise ausbilden, für die auf dem Arbeitsmarkt faktisch keine Verwendung ist.

Ich habe Ihnen das kurz nachzuweisen versucht an einigen kleinen Beispielen, und ich möchte nun auf eins hinweisen und das unterstreichen, daß nämlich erfahrungsgemäß von den Schülern, die in Vollanstalten eintreten, 20 bis 40 Prozent das Ziel der Reife für Oberprima einer höheren Vollanstalt nicht erreichen. Das ist ein Aufwand, der vertan wird, der den Eltern sehr schwer fällt, der dem Staat sehr schwer fällt; denn jeder Schüler kostet einen erheblichen Zuschuß, das ist ein Aufwand, der sehr zu bedauern ist. Diese 20 bis 40 Prozent sind eine Qual für jeden Lehrer, es sind diejenigen, die den Unterricht aufhalten, die den Unterricht nicht fruchtbar werden lassen, die in diese Schule gar nicht hineingehören. Deshalb möchte ich Sie bitten, wo immer Sie Gelegenheit haben, darauf hinzuweisen, daß die Schulwahl ganz wesentlich ist, daß die Schulwahl bereits ein Stück Berufswahl ist, daß man — ob man will oder nicht — sehr wohl überlegen muß, welcher Schule führe ich mein Kind zu. Es sind Ostern 1930 1,3 Millionen Kinder gewesen, die das vierte Volksschuljahr beendet hatten, und es sind hiervon ganz bestimmt wieder eine ganze Reihe von Kindern falsch eingeschult, denn es sind rund 120 000 in die höhere Schule überführt. Man schätzt die Besuchsziffer der höheren Schulen im Jahre 1933/34 in den vier unteren Klassen auf 200 000 Knaben und 140 000 Mädchen, das sind 340 000 Kinder. Nun frage ich Sie, wo wollen wir die alle nachher beruflich unterbringen? Aber ich bin mir bewußt, das kann man sagen und erzählen, so oft man will — und ich erzähle es oft genug —, es nützt nichts, weil jeder die ganz berechtigte Meinung hat, solange diese Barriere der Berechtigung nach dem Schulzeugnis vor dem Berufsleben steht, solange versuche ich es zu ermöglichen, daß auch mein Junge oder mein Mädel über diese Barriere hinwegspringen, sonst haben sie überhaupt keine Chancen.

Wir müssen es uns also überlegen, ob man nicht irgendwie die Dinge ändern kann. Man kann es meines Erachtens nur tun, wenn man erreicht, daß ein allgemeiner Gesinnungswechsel eintritt unter den Menschen, daß wir loskommen von der unmöglichen Überschätzung der allgemeinen Bildung. Wir haben einen großen deutschen Dichter, der da wegweisend sein kann, Goethe, der in seinem Wilhelm Meister schreibt: „Narrenspossen sind Eure allgemeine Bildung und alle Anstalten dazu. Daß ein Mensch etwas leiste, vorzüglich verstehe, wie nicht leicht ein anderer in seiner nächsten Umgebung, darauf kommt es an."

Und diese Meinung müssen wir zu einer allgemeinen Meinung im deutschen Volke werden lassen. Darauf nur kommt es an, daß ein Mensch etwas Besonderes leiste, das ihn heraushebt unter den anderen. Dann kann er auch eine Wertschätzung als Berufsangehöriger einer bestimmten Berufsgruppe beanspruchen. Aber es ist unendlich schwer, eine solche Anschauung durchzusetzen. Professor Fischer schrieb einmal:

„Berechtigungsscheine werden allgemein weit über das sachlich notwendige Maß erstrebt, nicht um die Leistung zu steigern oder die Berufsbildung sinnvoll zu vertiefen, sondern um den Wettbewerb mit anderer Bildungsvergangenheit leichter aushalten zu können. Die Berechtigungen werden dadurch sinnwidrig entwertet. Es mutet wie Selbstmißtrauen und Schwächebewußtsein an, daß alle Stände und Berufe ihren Nachwuchs nach Schulqualitäten vorgesiebt haben wollen, daß das Sein der Berufsarbeit in Gesellschaft und öffentlicher Wirksamkeit überdeckt werden soll durch den Schein einer Bildung oder Berechtigung. Eine Änderung dieser gefährlichen Entwicklung ist nur von der Selbstbesinnung der Berufsstände auf die eigentlichen Grundlagen ihrer Tüchtigkeit und vom Kampf des Einzelnen mit den Vorurteilen zu erhoffen. Die gesellschaftliche Regelung kann höchstens durch die ernsthafte staatliche Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Bürger eine der Voraussetzungen für die Gesundung der Verhältnisse schaffen, nicht aber diese selbst in die Wege leiten."

Ich glaube, hierin ist alles Wesentliche, was man zu dem Problem sagen kann, gesagt.

Wir haben eine arbeitsteilige Wirtschaft, und in dieser arbeitsteiligen Wirtschaft ist der Einzelne auf die Allgemeinheit angewiesen. Es kann heute kein Mensch allein für sich existieren, er braucht soundso viel Menschen, die für ihn mitarbeiten. Und wenn ihm das einmal klar wird, daß er nicht allein auf sich selbst gestellt bestehen kann, daß ihm alle Kenntnisse nichts nützen, wenn nicht noch andere da sind, ihm zu helfen, dann sollte eigentlich die allgemeine Wertschätzung der Tätigkeit des Menschen untereinander davon ausgehen, was leistest du in deiner Arbeit nicht nur für dich, sondern auch für die anderen?

Das ist das, was ich meinte, als ich von dem notwendigen Gesinnungswandel sprach, den wir brauchen, damit wir im Berechtigungswesen wieder auf vernünftige Grundlagen zurückkommen. Ich verstehe es nicht — ganz offen heraus gesagt —, wie ein Großhändler von seinem Lehrling das Abiturientenexamen verlangen kann, und das geschieht oft genug. Er kann vielleicht den Wert der humanistischen Bildung sehr hoch veranschlagen. Er kann sagen, ich bekomme dann unbedingt eine Persönlichkeit. Diese Persönlichkeitsbildung in allen Ehren, aber man überlege doch einmal ganz ruhig: Was bringt denn ein Abiturient mit? Es ist dabei niemals gesagt, daß es ein Abiturient einer bestimmten Schulgattung sein soll, es heißt eben nur, es wird das Abiturientenexamen als Vorbedingung gestellt. Was bringt nun z. B. ein Abiturient eines humanistischen Gymnasiums Besonderes mit an Bildungsgrundlagen für seine zukünftige Berufstätigkeit? Wenn wir es ehrlich und gerade heraus sagen, so sagen wir: ein unbrauchbares Französisch, denn mit diesem Französisch kann er im Auslande nichts anfangen. Seine Schulung im Rechnen, in Mathematik ist natürlich gegenüber der typisch humanistischen Bildung etwas zurückgeblieben. In Geographie weiß er sicher durchschnittlich Bescheid, aber ich befürchte doch ein klein wenig, daß er in Hellas besser zu Hause ist, als etwa in den Wirtschaftszentren seines deutschen Vaterlandes. Er hat auch einen gepflegten Stil, zweifellos! Aber er bedeutet für die praktische Korrespondenz im Handel keine besondere Vorbildung, man muß ihn sich da sogar schnell wieder abgewöhnen. Ich will damit durchaus nicht sagen, daß ein Abiturient eines humanistischen Gymnasiums nicht ein ausgezeichneter Großhändler werden kann. Natürlich kann er das, wenn er der Kerl danach ist, aber dann wird er es **trotz** seiner schulischen Vorbildung und nicht **wegen** seiner Schulbildung.

Noch unfaßlicher ist es, wenn man mit der Primareife anfängt. Die Primareife wird leider auch heute vielfach von Behörden verlangt. „Primareife", das ist überhaupt eine ganz falsche Bezeichnung, das müßte „Prima**un**reife" heißen; denn Primareife kann derjenige erwerben, der da fürchtet, es nicht ganz bis zum Abitur bringen zu können. Es ist schulisch, ausbildungsmäßig überhaupt ein Unsinn, diese Ausbildung als Abschluß anzusehen. Es ist eine Katastrophe! Ich weiß nicht, wer auf diesen unglückseligen Gedanken der Primareife je gekommen ist. Wenn ich einen Abschluß haben will, dann ist die Zäsur bei Untersekunda — Obersekunda durchaus berechtigt und verständlich, aber jemand mit der Versetzung von Obersekunda nach Prima ein Reifezeugnis mit der sogenannten „Primareife" zu geben und das als schulische Vorbildung für das Berufsleben anzusehen, ist ein Kennzeichen dafür, welcher Unsinn in das Berechtigungswesen hineingekommen ist.

Die Primareife galt seinerzeit für den Apothekerberuf als schulische Vorbildung. Ich halte das auch keineswegs für begründet. Es ist ein Beispiel, das zeigt, daß es unter Umständen richtig ist, die Berechtigungsbedingungen noch zu erhöhen. Ich halte es für den Apothekerberuf durchaus für richtig und wichtig, daß er das Abiturientenexamen mit einer vollakademischen Ausbildung verlangt, denn es ist ein Beruf, der wissenschaftlichen Charakter bei seinen Arbeiten hat. Daß er natürlich auch technische Arbeiten erfordert, ist natürlich, aber die brauchen ja nicht unbedingt von dem Apotheker ausgeführt zu werden, die können auch von den Laboranten erledigt werden. Werden die unbedingt die Vorbildung für Obersekunda haben müssen? Ich weiß es nicht.

Es ist meines Erachtens recht wesentlich, daß wir mit unseren Berechtigungsanforderungen wieder zurückkommen auf die sachliche Grundlage, daß wir überprüfen und deutlich nachsehen, was ist das Mindestmaß an Wissen und Können, das in einem bestimmten Beruf gebraucht wird. Und dann heißt es eben: Die und die Schulbildung muß für den und den Beruf vorhanden sein. Gott sei Dank, fängt es ja jetzt an zu tagen! Auf einer Zusammenkunft im Reichsministerium des Innern sind es erfreulicherweise die Vertreter der Wirtschaft gewesen, die sich einhellig dafür ausgesprochen haben, daß eine allgemeine mittlere Reife gefunden werden müsse, so daß kein Unterschied mehr bestehen soll zwischen der Reife für Obersekunda und der Reife etwa eines Mittelschülers. Dieser Unterschied ist ja auch konstruiert. Er hängt zusammen mit den alten Militärverhältnissen. Mit der Reife für Obersekunda hatte man nämlich das Recht erworben, einjährig freiwillig dienen zu können. Die Mittelschüler hatten ein Jahr weniger Schulzeit, und so hieß es damals, deshalb können die Mittelschüler diese Berechtigung auch nicht erhalten. Darum machte man eine besondere mittlere Reife für die Mittelschulen und eine Obersekundareife. Das muß meines Erachtens fallen. Es ist vorgeschlagen worden, und auch Frau Bäumer setzt sich dafür ein, daß ei[...]
gemeine mittlere Reife eingeführt [...]
soll für die zehnklassige Volksschule, [...]
Mittelschule und für die Obersekun[...]
soll alles gewissermaßen über einen [...]
geschoren werden. Es ist ganz klar, d[...]
Kernstück dieser mittleren Reife ge[...]
werden wird von der Mittelschule.

Die Mittelschule ist aus der Notw[...]
keit, eine Kenntnis- und Bildungsv[...]
lung für die mittleren Berufe zu [...]
entstanden. Sie wird weiterhin sei[...]
bleiben, sie wird sich aber dabei be[...]
wußt sein müssen, was der damalige [...]

[...]ne all-
[...]werden
[...]für die
[...]da, es
[...] Kamm
[...]aß das
[...]etragen

[...]vendig-
[...]ermitt-
[...]chaffen,
[...]n und
[...]sen be-
[...]ultus-

minister Becker auf dem Mittelschultag am 28. Dezember 1925 gesagt hat: „Die Mittelschule wird leben oder sterben, je nachdem sie sich auf ihre Aufgabe beschränkt. Sie muß ihre spezifische Besonderheit wahren und sich stolz zu ihrem Wesen und zu ihrer Aufgabe bekennen."

Ich glaube, daß diese Erkenntnis heute schon Allgemeingut in allen Mittelschulkreisen ist. Je mehr sich die Schule darauf einstellt, um so leichter wird es für sie sein, sich im Wettbewerb mit den anderen Schulgattungen zu behaupten. Sie steht in diesem Wettbewerb nicht ungünstig da. Nach dem statistischen Jahrbuch deutscher Städte vom Jahre 1929 besuchten von je 100 Schülern und Schülerinnen aller Schulgattungen die Mittelschule in meiner Heimatstadt Breslau 10,5, in Frankfurt am Main 10,2, in Magdeburg 10,3, in Königsberg 12,9, in Stettin 11,6, in Halle 15, in Kiel 12,6, in Danzig 6. Hier müßte also noch manches gebessert werden. Im übrigen allerdings ist die Danziger Mittelschule, nach dem, was ich über die Berufe der Väter der Kinder weiß, durchaus auf dem richtigen Wege. Sie ist in der Schülerschaft durchaus so soziologisch begründet, wie es sein soll, sie wächst aus dem Mittelstande hervor. Selbständige Handwerker sind bei den Knaben die Väter zu 21 %, bei den Mädchen zu 21,5 %, selbständige Kaufleute und Angestellte bei den Knaben zu 13 %, bei den Mädchen zu 12 %, mittlere und untere Beamte bei den Knaben zu 39,5 %, bei den Mädchen zu 42 %, Arbeiter bei den Knaben zu 21 % und bei den Mädchen zu 19,5 %. Wenn ich sagte, daß die Mittelschule lebt, so kann ich zum Beweis dafür noch andere Zahlen angeben. Die Gesamtzahl der Schüler an den Mittelschulen in Preußen betrug 1913 180 000 und 1926 276 000 bei den letzten schulstatistischen Erhebungen. Sie hat sich — und das ist das Wichtige! — trotz des momentanen Rückganges durch den Geburtenausfall der Kinder, die aus der Kriegszeit stammen, und trotz der ungünstigen Verhältnisse in einem derartigen Rahmen behauptet."

Mittelschullehrerprüfung.

In den letzten Wochen hat in Lehrerkreisen die Behauptung Verbreitung gefunden, im Herbst d. J. würde in Danzig zum letzten Male die Ablegung der Mittelschullehrerprüfung für alle diejenigen Lehrer möglich sein, die sich auf autodidaktischem Wege für diese Prüfung vorbereitet hätten. Die Nachricht hat bei den in der Vorbereitung stehenden Lehrern verständliche Besorgnis erregt.

Nach Erkundigung bei unserer Schulbehörde und im Einvernehmen mit dieser darf ich folgendes feststellen:

Die obige Behauptung entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Die Danziger Senatsabteilung für Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Kirchenwesen hat bisher keine Beschlüsse über eine Änderung der Mittelschullehrerprüfung gefaßt; sie beabsichtigt auch nicht, eine von Preußen abweichende Regelung der Prüfungsbestimmungen vorzunehmen. Die Schulbehörde wartet die preußischen Maßnahmen ab. In Preußen ist man aber bisher noch nicht über Erwägungen hinausgekommen. Es besteht dort nach wie vor die Möglichkeit der autodidaktischen Vorbereitung auf die Mittelschullehrerprüfung. Das gilt auch für Danzig. Bei Inkrafttreten einer neuen Prüfungsordnung darf mit Übergangsbestimmungen für die in der Vorbereitung auf die Prüfung Stehenden gerechnet werden.

Der Lehrerverein zu Danzig.
Schmude.

Hermann Stehr

über sich selbst:

„Ich bin 27 Jahre Volksschullehrer gewesen und wurde wegen meiner Eigenfüßigkeit nicht nur zur Strafe in ein polnisches Nest, als erste Amtsstelle, abgeschoben, sondern mußte ein Jahrzehnt ums andere durch abseitige Dörfer traben. Und weil ich von Natur aus ein pflichtgebundener Mensch bin, so verjah ich meinen Dienst in der Schule und an den Kindern mit der ganzen Vehemenz meines Wesens. Des Volksschullehrers Größe aber ist, wie uns gelehrt worden war, die Treue im Kleinen. So merkte ich bald, daß auf diesem Wege mein Leben in der Stundenwerkelei verstauben müsse, wie das Dasein von vielen Kollegen, die um mich waren. Darum begann ich bald jeden meiner Werktage mit einem Schwung in die hohe Verklärung, indem ich vor dem Unterricht, gesammelt, hingegeben und vertieft, ein Gedicht las, so wie etwa ein Frommer in sein Morgengebet versinkt. Mit dieser Erhebung und der Befreiung meines engen Lebens ins magisch Verklärte begann ich meinen Dienst und überwand leichter die tausend Kleinlichkeiten, die einen Lehrer erregen, reizen und oft bis zur Erschöpfung ermüden. Denn jedes Kind für sich genommen ist ein Engel; als Klasse, als Schar aber sind sie eine feindliche Meute, die zu meistern nicht so leicht ist. Allein mit einem Gedicht von Eichendorff im Geist, seiner Musik im Ohr, seiner Seelentiefe ging es beschwingt ins Werkeln hinein. Diesen Introitus des Tages habe ich all die langen Jahre beibehalten und die Lyrik nicht nur Deutschlands tiefer, ernster, lebensverflochtener an mir erfahren, als sie Ästheten kritisch schmecken und Schönlinge sentimental genießen. Lenau, Mörike, die Droste, Goethe, Rückert, Heine, Hölderlin, ja, ich kann nicht alle die älteren Lyriker nennen, sind durch und in mein Wesen gegangen, und ich verdanke dieser ätherischen Morgenspeise die Erhaltung der Ungebrochenheit meiner Lebenskraft."

Aus der Vereinsarbeit

Danziger Lehrerinnenverein.

Am 23. April fand in den Räumen des Frauenklubs die diesjährige Hauptversammlung des Danziger Lehrerinnen-Vereins statt. Die Schulärztin Frau Ch. Grundmann hielt einen reiche Anregungen bietenden Vortrag über die Gesundheitspflege in der Schule. Etwa 24 000 Kinder werden in Danzig von drei Aerzten betreut. Trotz dieser, durch Geldmangel bedingten Ueberlastung der Schulärzte, sind in den letzten Jahren überaus erfreuliche Erfolge aufzuweisen. Eine Reihe ansteckender Krankheiten sind auf ein Mindestmaß beschränkt. In dringenden Fällen wird Krankenhausbehandlung veranlaßt. Bei der Einschulung werden die Kleinen gründlich untersucht, die etwaige Vorgeschichte durch Rücksprache mit den Müttern festgestellt, und die Eltern veranlaßt, gefährdete Kinder der Fürsorge resp. Spezialärzten zuzuführen. Die zweite eingehende Untersuchung erfolgt bei der Entlassung; in der Zwischenzeit führt ständig wache Aufmerksamkeit des Lehrers erkrankte Kinder dem Schularzt zu. Vom ärztlichen Standpunkt aus wäre zu erwägen, ob statt der von der Entsendungsfürsorge veranlaßten Reisen in Erholungsheime größere Zuwendungen an Schuhen, Kleidungsstücken und vitaminehaltiger Frühstücksbespeisung oft nicht angebrachter wären. Lebhafter Beifall dankte der Rednerin. — Die auf den Vortrag folgenden Jahresberichte gaben ein umfassendes Bild von der reichen [illegible] auf kulturellem, sozialem und pädagogischem Gebiet liegenden Arbeit des Vereins. Als Delegierte für die Pfingsttagung in Stuttgart wurde Frau Kraetschmann einstimmig gewählt.

J. A.: E. Kirchner, Schriftführerin.

Ankündigungen

Lehrerverein der Freien Stadt Danzig.

Der 11. Danziger Beamtentag

findet am 6. und 7. Juni d. J. im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus in Danzig statt. — Tagesordnung und sonstige Bekanntmachungen in der Beamtenzeitung.

Auf unseren Verein entfallen 30 Vertreter. — Der Zweigverein Danzig stellt 11, Tiegenhof 3, die Vereine Danzig Umgegend und Stutthof stellen je 2, jeder der anderen 12 Zweigvereine 1 Vertreter.

Die Mitglieder des G. A. sowie des Gesamtausschusses des Beamtenbundes haben volles Stimmrecht wie die Vertreter und kommen deshalb als solche nicht in Frage.

Die Ausweiskarten für die Vertreter und Gesamtausschußmitglieder werden ½ Stunde vor Beginn der Tagung am Eingange des Versammlungsraumes verteilt werden. — Dort sind auch Mitgliedskarten für Kollegen, die als Zuhörer an der Versammlung teilnehmen wollen, zu haben.

Gutcherberge, den 10. Mai 1931.

Mit bestem Gruß G. Friedrich.

Lehrerverein zu Danzig.

Am Sonnabend, dem 13. Juni d. J., spricht in unserem Verein Herr

Professor Dr. Richard Seyfert,

Direktor des Pädagogischen Instituts der Technischen Hochschule in Dresden, über

„Die akademische Lehrerausbildung an der Hochschule".

Wir laden schon heute alle unsere Mitglieder und auch alle Mitglieder des Lehrervereins der Freien Stadt Danzig zu diesem Vortrage freundlichst ein und bitten, den Abend des 13. Juni für diese Veranstaltung frei zu halten.

Näheres in der „Danziger Schulzeitung" am 1. Juni.

Der Vorstand. Schmude.

L.V. „Danzig-Umgegend".

Sitzung mit Damen am Sonnabend, dem 16. Mai, nachm. 4 Uhr, in Gutcherberge (Dreischweinsköpfe). 1. „Ueber die Stellung der Frau in der modernen Welt" (Kollege Liegmann), 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Lehrerverein Dzg. Werder.

Nächste Sitzung am Dienstag, den 19. Mai, nachm. 2½ Uhr, bei Schmidt-Gottswalde.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches und Bericht. 2. Vortrag: Der Lehrer als Heimatforscher. (Koll. Katschinski.) 3. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Lehrerorganisten!

Am Sonnabend, dem 23. Mai 1931, vorm. 10½ Uhr, findet im „Hohenzollern", Danzig, Langer Markt, eine

Organistenversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über unsere Eingaben (Haselau-Neuteich),
2. Aussprache über die Gehaltsforderungen des Provinzialvereins ev. Kirchenmusiker Ostpreußens,
3. Einziehen der Beiträge,
4. Verschiedenes.

Ich bitte um recht zahlreichen Besuch!

Schönbaum, den 8. Mai 1931.

Weinert, Vorsitzender.

Pädagogische Ausstellung in Frankfurt a. M.

Im Rahmen der Deutschen Lehrerversammlung, zu der an Pfingsten ungefähr 7000 Vertreter der deutschen und ausländischen Lehrerschaft in Frankfurt a. M. erwartet werden, wird im Haus der Moden eine pädagogische Ausstellung veranstaltet, die eine statistische Schau über den gegenwärtigen Stand des gesamten Bildungswesens der Stadt Frankfurt bietet. Da sie erstmalig in ihrer Art ist und neben dem Schulwesen ein lückenloses Bild aller anderen Bildungseinrichtungen, wie z. B. der Berufsverbände, der Kirchen, der Vereine, der Gewerkschaften, der Parteien usw. zeigt, wird sie auch für weitere Kreise von großem Interesse sein.

Der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein

lädt zu seiner 21. Hauptversammlung vom 24. bis 27. Mai d. J. nach Stuttgart ein.

Das Programm sieht eine Helene-Lange-Gedächtnisfeier vor und die Behandlung folgender Themen:

„Völkerbund und Schule."

„Erziehung der Mädchen zu ihren Aufgaben als Frau und Staatsbürgerin."

„Auswirkung unserer pädagogischen Erkenntnisse in Schule und Haus."

„Gegenwartsforderungen an Unterricht und Leben in der Schule."

Der V. D. A. geht an den Rhein.

Auf Einladung der rheinländischen Landesverbände des Vereins für das Deutschtum im Ausland findet in diesem Jahre die Pfingsttagung in Aachen statt. Trotz der Erschwernisse der Zeit hat sich auch in diesem Jahre die große deutsche Volkstumstagung als notwendig erwiesen, um den auslanddeutschen Führern Gelegenheit zu geben, mit den leitenden Persönlichkeiten der Schutzvereinsarbeit zusammenzukommen und die reichsdeutsche Jugend aus allen Gebieten Deutschlands mit den Abordnungen der auslanddeutschen Jugend zum gemeinsamen Erleben der deutschen Volkstumszugehörigkeit zusammenzuführen. Die bisher vorliegenden Anmeldungen lassen erkennen, daß auch in diesem Jahre mit einer Beteiligung von 15—20 000 Menschen zu rechnen ist.

Die vom 22.—26. Mai dauernde Tagung wird neben den üblichen Arbeitssitzungen wieder eine Heerschau gesamtdeutscher Jugend aller Stämme in Form eines Festzuges bringen. In einer Erinnerungsfeier auf dem Ehrenfriedhof wird die Jugend in diesem Jahre der Märtyrer des deutschen Volkstumskampfes gedenken. Die Weiheworte wird der sudetendeutsche Dichter Ernst Leibl sprechen. Feldgottesdienste, ein Festspiel, eine Rheinlandkundgebung, ein Sport- und Singwettstreit sowie eine gewaltige Abendfeier im Aachener Waldstadion mit Massenchören, Aufführungen und Fackelzug sind vorgesehen. Eine ganze Reihe berufsständischer Tagungen der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und der Angestelltenschaft werden sich anschließen.

Anmeldungen und Anfragen an den Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin W 30, Martin-Luther-Straße 97. (V.D.A.)

Sommer-Studienwoche in der Freien Waldorfschule.

In der Zeit vom 6. bis 11. Juli wird in der Freien Waldorfschule in Stuttgart wieder eine öffentliche Studienwoche für auswärtige Besucher stattfinden. Die Lehrer der Waldorfschule werden Gelegenheit geben, durch Vorträge, Führungen und Aussprachen die Grundlagen und Methoden der von Dr. Rudolf Steiner geschaffenen Erziehungskunst kennen zu lernen.

Teilnehmerkarte für die ganze Woche 10.— Mk., Tageskarte 2.— Mk., Einzelvortrag 1.— Mk.

Anmeldung bitten wir an die Leitung der Freien Waldorfschule, Stuttgart, Kanonenweg 44, zu senden.

Unterstützung von Volksbüchereien.

Eine Unterstützung von 50 000 Bänden (Volks- und Jugendschriften) stellt die Gesellschaft für Volksbildung (Berlin NW 40, Lüneburger Str. 21) aus der von ihr verwalteten Rickert-Stiftung unbemittelten Volksbüchereien, die Mitglied der Gesellschaft sind, zur Verfügung. Von den gebundenen Büchern ist in der Regel der Einband zu entschädigen, einige Bücher werden auch völlig unentgeltlich abgegeben. Die Stiftung besteht seit 1903 und hat bis Ende des letzten Geschäftsjahres 10 610 Büchereien mit 229 082 Büchern unterstützt. Im letzten Geschäftsjahr allein wurden Bücher im Werte von 76 238 Rmk. an 782 Büchereien abgegeben. Die Bücher können von den Antragstellern nach einem besonderen Verzeichnis selbst ausgewählt werden, das die oben genannte Gesellschaft kostenlos abgibt.

Neue Cizek-Karten.

Auf Grund des Erfolges der bisherigen Karten aus der berühmten Jugendkunstklasse Professor Cizeks (Frühlings- und Weihnachtskarten) hat das österreichische Jugendrotkreuz eine neue Reihe Sommerkarten herausgegeben. Die Reihe (10 farbige Karten) kostet einschließlich Umschlag und Zustellung 1.— S, für Schulen 0.80 S, 0.50 Mk., 5,— Kr., 0,80 Schw. Fr. Auf je 10 bezahlte Reihen eine frei.

Oesterr. Jugendrotkreuz, Wien I., Stubenring 1.

Senkung von Schulbücherpreisen.

Die Verlage Ferdinand Hirt, Breslau, und Ferdinand Hirt & Sohn, Leipzig, haben seit Anfang März die Preise ihrer Schulbücher herabgesetzt, um auf diese Weise der im Februar erfolgten, freilich nicht sehr hohen Senkung der Löhne Rechnung zu tragen, und bitten besonders darauf zu achten, daß die Kinder keine höheren als die seit 4. März d. J. gesenkten Preise bezahlen. Verzeichnisse der neuen Preise stellen die genannten Verlage auf Wunsch zur Verfügung.

Am 2. Mai starb unser verehrtes Mitglied, der

Studienrat i. R.

Otto Krieschen

im 69. Lebensjahre.

Wieder ist einer der unentwegt Getreuen von uns gegangen. Mehr als 45 Jahre war er Mitglied unseres Lehrervereins. Als Mitarbeiter im Vorstand zu Anfang des Jahrhunderts trat er ein für Schule und Stand. Wir schätzten in ihm den begabten und verdienstvollen Musiker; wir schätzten in ihm aber auch den Kollegen und Lehrer, den Führer der Jugend. Der Verein wird seiner stets in Ehren gedenken.

Der Lehrerverein zu Danzig.

Schmude.

Die Danziger Schulzeitung erscheint am 1. und 16. jedes Monats. Der Bezugspreis beträgt monatlich durch die Post bezogen 50 P. Einzelnummer 25 P bei A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig.

Anzeigen: Die sechsgespaltene 1 mm hohe Zeile oder deren Raum kostet 12 P. Bei Wiederholungen und größeren Anzeigen wird entsprechende Ermäßigung gewährt. Beilagen 22 Gulden oder 18 Goldmark für die Auflage, für Beilagen aus Deutschland außerdem der Zoll. Postscheckkonto: Danzig 1063.

Druck von A. W. Kafemann, G. m. b. H., Verlagsbuchhandlung u. Druckerei, Danzig, Ketterhagergasse 3/5.